

NIEDERSCHRIFT

über die 8. Sitzung des Bauausschusses

vom:	13.03.2000
von:	14.30 Uhr
bis:	18.50 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Bauausschuss:

Stv Schulte, Werner - als Vorsitzender -
AM Flender, Friedhelm
Stv Gaden, Helga
AM Grünekle, Klaus-Joachim
AM Gunsenheimer, Christian
AM Imhof, Wolfgang
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Schneider, Manfred
AM Schultz, Walter
Stv Siebel, Helmut - bis 17.45 Uhr -
AM Vogler, Alfred - für AM Wagener, Eckhard -

II. Beratende Mitglieder:

AM Berner, Hans
AM Delius, Friedmund

III. Aufgrund besonderer Einladung:

Herr Dr. Stottmeister - VPS Verkehrs-Planung Stottmeister -
Herr Fischer - Planungsgemeinschaft Fischer und Ante -
Herr Ante - Planungsgemeinschaft Fischer und Ante -

IV. Von der Verwaltung:

StBR Brune
Städt. OVR Kühn
Dipl.-Ing. Schul

Städt. BD Bonstein
Dipl.-Ing. Weidt
Dipl.-Ing. Rohr
Städt. OVR Kraft
Städt. VR Sondermann
Dipl.-Ing. Wagener
Dipl.-Ing. Heide
Stl Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend war:

AM Wagener, Eckhard

Zur Beratung des Tagesordnungspunktes 5 wird durch die Verwaltung ergänzend eine Tischvorlage (Vorlagenr. 303/00 A) vorgelegt.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Gunsenheimer bestimmt.

8. BA 13.03.2000

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 14.02.2000, 21.02.2000 und 28.02.2000

Herr Vogler beanstandet, sein Hinweis zu TOP 7 „Sanierung der Pflasterflächen in der Straße Am Bahnhof“, auch die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Haftpflichtversicherung der betroffenen Stadtverordneten und sachkundigen BürgerInnen zu prüfen, ist nicht in die Niederschrift aufgenommen worden.

Herr Schultz bemängelt, sein Wortbeitrag zu TOP 8 „Ausweisung von Neubaugebieten in Oberschelden“, in dem er sich für das Gebiet „Im Boden“ ausgesprochen hat, ist nicht wiedergegeben.

Unter Berücksichtigung dieser Ergänzungen wird die Niederschrift über die Sitzung vom 14.02.2000 bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

Die Niederschriften über die Sitzungen vom 21.02.2000 und 28.02.2000 liegen noch nicht vor.

8. BA 13.03.2000

3. Fragestunde

3.1 Errichtung eines Kinderspielplatzes am Witschert

- Anfrage der CDU-Fraktion vom 17.02.2000 -

Ein Vermerk des Fachbereiches 7 zur Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Ergänzend weist Frau Rohr darauf hin, dass die Abteilung 8/3 - Grünflächen - noch in diesem Jahr die Planung für den Spielplatz zwischen Stettiner und Danziger Straße vorbereiten wird. Die Maßnahme kann voraussichtlich in 2001 finanziert werden.

Herr Vogler bringt vor, dass entgegen der Angabe in der Anfrage nicht der Bezirks-ausschuss IV - Siegen-Mitte - in der Sitzung am 01.02.2000, sondern der Bezirks-ausschuss V - Siegen-West - am 02.02.2000 über die Angelegenheit beraten hat.

8. BA 13.03.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1 Änderung des Bebauungsplanes Nr. 22 „Am Sohlbach“

Antrag der CDU-Fraktion vom 17.02.2000

Herr Schneider sieht für eine Änderung des Bebauungsplanes keine Notwendigkeit.
Der Aufwand des Verfahrens steht in keinem Verhältnis zum Nutzen.

Herr Reitz möchte den erwerbsinteressierten Anwohnern in diesem Bereich eine Sicherheit für die erwünschte Nutzung der angesprochenen Fläche geben.

Frau Rohr nimmt seitens der Verwaltung zum CDU-Antrag Stellung. Ein Vermerk ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Beschluss (auf Antrag der CDU-Fraktion):

Die Verwaltung wird beauftragt, die folgende Änderung des Bebauungsplanes Nr. 22 „Am Sohlbach“ im Stadtteil Geisweid in ihr Arbeitsprogramm aufzunehmen:

In der Gemarkung Geisweid, Flur 1, Flurstück 515, wird künftig die derzeitige öffentliche Verkehrsfläche als Privatfläche ausgewiesen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 4 Enthaltungen

8. BA 13.03.2000

5. I. 37. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtteil Siegen (Achenbach)
- II. Bebauungsplan Nr. 298 „Heidenberg“ im Stadtteil Siegen (Achenbach)
hier: Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - a) Ergänzung / Erweiterung des Geltungsbereiches der 37. Flächen- nutzungsplanänderung und des Bebauungsplanes Nr. 298 / Aktualisierung der Aufstellungsbeschlüsse vom 18.08.1999
 - b) Abwägung der während der Bürgerbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB) und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) sowie der Abstimmung mit den Nachbargemeinden eingegangenen Anregungen
 - c) Beschluss der Planentwürfe und ihre öffentliche Auslegung

Vorlagenr. 303/00 - Vorlage vom 28.02.2000 -

und

Vorlagenr. 303/00 A - Vorlage vom 09.03.2000 -

Die Beratung erfolgte gemeinsam mit dem Bezirksausschuss V - Siegen-West - und dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

Herr Brune unterrichtet über den Verfahrensstand bezüglich der Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes. Er weist auf die ergänzend vorgelegte Tischvorlage 303/00 A hin.

Herr Kühn schildert die bisherige Entwicklung des Gebietes Heidenberg. Er geht ein auf den dringenden Bedarf an attraktiven Gewerbeflächen mit guter Verkehrsanbindung. Der Schutz vorhandener Wohnbebauung muss gewährleistet sein. Diese Voraussetzungen sind am „Heidenberg“ als erfüllt anzusehen.

Bedenken und Argumente der Kritiker bzw. Gegner wurden ernstgenommen. Eine verantwortungsbewusste Abwägung mit der öffentlichen Interessenlage hat zu dem Ergebnis geführt, dass ein verträgliches Miteinander von Wohnen und Arbeiten auf dem ehemaligen Kasernengelände Heidenberg möglich und zur Sicherung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen notwendig ist.

Im Anschluss erläutern die Herren Fischer und Ante umfangreich die Verwaltungsvorlage.

Herr Dr. Stottmeister nimmt zu den zu erwartenden Verkehrsbelastungszahlen anhand von Folien Stellung. Kopien dieser Folien und ein durch die Verwaltung gefertigtes Informationspapier „Verkehrsbelastungen innerhalb und außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes“ sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Reitz verdeutlicht, dass er nur aufgrund der Dringlichkeit der Maßnahme keinen Antrag auf Aussetzung der Beschlussempfehlung ausspricht.

Die vollständige Erfassung der sehr umfangreichen Verwaltungsvorlage war ihm in der gegebenen Zeit nicht möglich. Weiterhin bemängelt er die der Vorlage beigefügten Planunterlagen, die aufgrund des Druckes in DIN A 4 nur sehr schwer lesbar sind.

Die Verkehrsbelastungszahlen sind erstmalig durch die Ausführungen von Herrn Dr. Stottmeister verdeutlicht worden, er vermisst diesbezügliche Aussagen in der Vorlage.

Mit der dargestellten äußeren Erschließung in Form des Halbanschlusses an den Autobahnzubringer ist er unzufrieden. Er stellt den Antrag, bereits im Vorfeld die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung eines Vollanschlusses zu schaffen.

Herr Reitz macht darauf aufmerksam, dass ein modernes Gewerbegebiet mit der alten Begriffsdefinition nicht mehr vergleichbar ist. Die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft hat emissionsreduzierende Auswirkungen zur Folge, diesbezüglich sieht er keine Probleme.

Er bittet, den Begriff „Gewerbepark“ ernst- und eine entsprechende Begründung des Geländes vorzunehmen.

Weiterhin sollte die Vorgabe nicht zu überschreitender Bauhöhen geprüft werden.

Auf den Hinweis von Herrn Reitz sagt Herr Brune die Vorlage einer Gestaltungssatzung bis zur endgültigen Beschlussfassung über die Änderung von Flächen-nutzungsplan und Bebauungsplan zu .

Herr Schneider schließt sich weitgehend den Ausführungen seines Vorredners an.

Er wünscht zusätzlich die Einbeziehung der voraussichtlichen Ergebnisse des zu überarbeitenden

Verkehrsentwicklungsplanes Siegen-Mitte in weitere Überlegungen zu der Thematik Heidenberg.

Er bittet um eine konkrete Aussagen zu den Gesamtkosten, dem durch die Stadt Siegen zu tragenden Eigenanteil und zu den Kosten eines Vollanschlusses im Vergleich zum Halbanschluss an den Autobahnzubringer.

Die jetzige Nahversorgung (Einkaufsmöglichkeiten) und die Vorhaltung von Spiel- und Sportmöglichkeiten für die Bevölkerung am Heidenberg beurteilt er als unzureichend, hierfür sollen Flächen bereitgestellt werden.

Eine Störung darf von dem künftigen Gewerbegebiet nicht ausgehen. Insbesondere sind Speditionsbetriebe, Diskotheken und Spielhallen auszuschließen.

Zu- und Abfahrt des Schwerlastverkehrs ist nur über den Autobahnzubringer zuzulassen.

Er bittet um Prüfung, ob das vorgesehene Regenüberlaufbecken in Form eines Naherholungsgebietes in offener Bauweise gestaltet werden kann.

Vor dem Hintergrund der möglichen neuen 700 - 1000 Arbeitsplätze wird er der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Auf Nachfrage von Herrn Schneider bestätigt Herr Brune die Möglichkeit der Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses auf dem Gelände Heidenberg.

Herr Dr. Schultze äußert sich zugunsten der Schaffung eines Gewerbegebietes für nicht störendes Gewerbe, weist jedoch gleichzeitig darauf hin, dass auch für Gewerbebetriebe, von denen Störungen ausgehen, im Stadtgebiet Raum geschaffen werden muss.

Um potentiellen Widerstand aus der Bevölkerung zu reduzieren, spricht auch er sich für einen Vollanschluss des Gebietes an den Autobahnzubringer aus. Anhand einer Folie unterbreitet er hierzu eine von ihm erarbeitete Idee.

Er drängt auf Zustimmung zur Vorlage und auf den zeitgerechten Abschluss des Verfahrens.

Herr Siebel weist auf die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses bei der Beratung über die Verkehrsanschlüsse hin.

Herr Löwenberg möchte aufgrund der komplexen Thematik die heutige Beratung lediglich als Lesung betrachtet wissen. Er ist grundsätzlich nicht gegen das Gewerbegebiet, es sind jedoch zu viele Fragen offen.

Aufgrund der exponierten Lage des Gebietes und um einen „Schandfleck“ zu vermeiden, bittet er, ein konkretes Leitbild für zuzulassendes Gewerbe zu entwickeln. Eine harmonische Einfügung in das Landschaftsbild muss gegeben sein.

Insbesondere ist der Flächenbedarf eines Betriebes mit den neu geschaffenen Arbeitsplätzen in Relation zu sehen.

Im Sinne des Denkmalschutzes fordert er eine Prüfung, ob die vorhandenen Kasernengebäude nicht zumindest teilweise weitergenutzt werden können.

Wie seine Vorredner setzt auch er sich für die seines Erachtens gegenüber dem Teilanschluss ökologisch vertretbarere Lösung des Vollanschlusses an den Zubringer ein.

Frau Nauck als Anwohnerin befürchtet, dass sich der Verkehrslärm gegenüber der bereits heute unerträglichen Situation weiter verschlimmert. Sie fragt, wie mit dem Ausbau der Achenbacher Straße weiter verfahren werden soll.

Die Anregungen und Einwände der Bürger richten sich nicht gegen das Gewerbegebiet, sondern gegen die Verkehrsanbindung, so Herr Mues. Die verkehrlichen Auswirkungen auf die Innenstadt sind zu berücksichtigen. Den Vollanschluss beurteilt er als unumgänglich.

Frau Strunk stimmt Herrn Löwenberg zu und beantragt, die Beratung als erste Lesung zu betrachten.

Sie fragt, ob auf dem Heidenberg eine sinnvolle Verbindung zu der durch den Kreis auf dem ehemaligen Waldrichgelände geplanten „Medienfactory“ geschaffen werden

den kann. Sie wünscht vollständige Aussagen zum Thema Altlasten und bittet um Einbeziehung der Zielsetzungen des Klimabündnisses der Städte und der Agenda 21. Eine zentrale Wärme- und Energieversorgung ist anzudenken.

Herr Delius spricht sich für eine Klärung der offenen Fragen aus, bevor weitergehende Schritte eingeleitet werden.

Herr Siebel bezeichnet die engen Zeitvorgaben als Dilemma.

Ob der vielfach geforderte Vollanschluss die Optimallösung ist, stellt er in Frage. Das Autobahnamt in Hamm hat sicherlich zu Recht einige Bedenken geäußert. Konkrete Zahlen zur künftigen Verkehrsbelastung, insbesondere im Hubertusweg, sind erforderlich.

Insgesamt gesehen kann er der Vorlage zustimmen.

Bezug nehmend auf den steigenden Verkehrslärm äußert Herr Vogler seine Sorge für die angrenzende Wohnbebauung. Er bittet, die Auswirkungen des Verkehrsanschlusses auf städtische Knotenpunkte, insbesondere Morleystraße / Badstraße, in weitere Planungen einzubeziehen und um Sicherstellung, dass durch die geplanten Maßnahmen die Baulastträgerschaft für den Autobahnzubringer nicht auf die Stadt Siegen übergeht.

Herr Langer hält Verbesserungen der Infrastruktur zugunsten der Bevölkerung für erforderlich.

Herr Watermeier verdeutlicht, dass zum Lärmschutz mehrere Maßnahmen getroffen wurden. Hierzu zählen der gewählte Abstandserlass, der Ausschluss stark lärm-emittierender Betriebe und der flächenbezogene Schallleistungspegel. Diesbezüglich hält er es für richtig, Nachtbetrieb zunächst auszuschließen.

Herr Bäumer möchte wissen, wie der Ausbau der Achenbacher Straße vor dem Hintergrund zu tätigen Grunderwerbs zu beurteilen ist und was mit den schmiedeeisernen Eingangstoren zum ehemaligen Kasernengelände geschehen soll.

Zu prüfen ist, ob Teile der alten Gebäudesubstanz weitergenutzt werden können.

Einer Lärmbelastung durch Abriss der nicht benötigten Objekte ist vorzubeugen.

Er erinnert an den Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.09.1994, auf dem Gelände Heidenberg eine Gedenkstätte für die ehemals dort stationierten belgischen Garnisonen zu errichten.

Herr Gunsenheimer schließt sich der Meinung an, alte Gebäude soweit als möglich weiterzunutzen.

Hinsichtlich der durch Frau Strunk angesprochenen zentralen Wärme- und Energie-versorgung stellt er folgenden Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, für das Gewerbegebiet Heidenberg ein Ingenieur-büro oder / und das Institut für Energietechnik der Universität Siegen zu beauftra-gen, ein Nahwärmekonzept zu erstellen. Dies sollte die grundsätzliche Machbarkeit, die Betreiberfrage, Kosten für Betreiber und Nutzer, möglichen Einsatz von Kraft- / Wärmekopplung und von nachwachsenden Rohstoffen beinhalten.

Herr Fischer sagt die Prüfung eines möglichen späteren Vollanschlusses an den Autobahnzubringer zu. Zu den Kosten kann er derzeit keine konkrete Aussage treffen, da viele Faktoren hierauf Einfluss nehmen.

Herr Brune wird zum Vollanschluss weitere Verhandlungen mit dem Autobahnamt in Hamm führen und auch die Konsequenzen für weitere Knotenpunkte in Siegen eroieren. Gegen den Antrag von Herrn Reitz, den Vollanschluss mit dem Offenlegungsbe-schluss zu koppeln, hat er rechtliche Bedenken.

Herr Rothenpieler schlägt als Kompromiss vor, bezüglich des Vollanschlusses lediglich ein Fazit zu fassen. Der als Grünfläche geplante Bereich zwischen den Einfädelungsspuren zum Autobahnzubringer soll zugunsten eines späteren Vollanschlusses auf Verdacht als Verkehrsfläche / Vorratsfläche ausgewiesen werden.

Herr Reitz erklärt sich mit der entsprechenden Änderung seines Antrages einver-standen.

Fazit:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat, sicherzustellen, dass ein späterer Vollan-schluss an den BAB-Zubringer aufgrund der vorgesehenen Planungen bautech-nisch umgesetzt werden kann.

Beschluss (auf Antrag von Frau Strunk):

Angesichts der Komplexität der Vorlage und der kurzen Vorberatungszeit spricht der Bauausschuss keine Beschlussempfehlung aus, da eine zwingende Notwendigkeit hierfür nicht gesehen wird. Aufgrund vieler ungeklärter Fragen wird die Beratung der Vorlagen 303/00 und 303/00 A lediglich als erste Lesung betrachtet.

**Beratungsergebnis: 1 Stimme dafür (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
12 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Gunsenheimer):

Die Verwaltung wird beauftragt, für das Gewerbegebiet Heidenberg ein Ingenieur-büro oder / und das Institut für Energietechnik der Universität Siegen zu beauftra-gen, ein Nahwärmekonzept zu erstellen. Dies sollte die grundsätzliche Machbarkeit,

die Betreiberfrage, Kosten für Betreiber und Nutzer, möglichen Einsatz von Kraft- / Wärmekopplung und von nachwachsenden Rohstoffen beinhalten.

**Beratungsergebnis: 1 Stimme dafür (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
12 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen**

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Reitz):

Der Bauausschuss empfiehlt die Ergänzung der Ziffer 1.4 des Beschlussvorschla-ges der Vorlage 303/00 wie folgt:

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt:
 - 1.4 gem. § 3 (2) BauGB
 - den Entwurf der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes,
 - den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" mit Erläute-rungsbericht und Begründung (Plangebiete, wie unter Ziff. 1.1 dieser Vorlage) und ihre öffentliche Auslegung. Der als Grünfläche geplante Bereich zwischen den Einfädelungsspuren zum Autobahnzubringer wird auf Verdacht als Verkehrsfläche / Vorratsfläche ausgewiesen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Siegen beschließt:
 - 1.1 gem. § 2 (4) BauGB die Aufstellungsbeschlüsse der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heiden-berg" vom 18.08.1999 zu aktualisieren und die Plangebiete zu erwei-tern (siehe Übersichtsplan als Anlage 1).
 - 1.2 die im Rahmen der Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen zu dem vorliegenden Bebauungsplanent-wurf Nr. 298 "Heidenberg" und der dazugehörigen 37. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß den als Anlage beigefügten Stellung-nahmen 1 - 31 (Abwägung) zu behandeln.
 - 1.3 Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Belange der Nachbarbarga-meinden durch die Bauleitplanverfahren der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebauungsplan nicht berührt werden.
 - 1.4 gem. § 3 (2) BauGB
 - den Entwurf der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes,
 - den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" mit Erläu-terungsbericht und Begründung (Plangebiete, wie unter Ziff. 1.1 dieser Vorlage) und ihre öffentliche Auslegung.

**Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen**

8. BA 13.03.2000

6. **Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich südwestlich der Bebauung am Haldenweg bis zur Sandhalde in Siegen-Niederschelden**
- Ergebnis der Überprüfung -

Vorlagenr. 284/00 - Vorlage vom 29.02.2000 -

Aufgrund fraktionsinternen Beratungsbedarfes möchte Herr Reitz den Tagesord-nungspunkt in einer der nächsten Sitzung beraten.

Herr Schneider schlägt eine Diskussion ohne Beschlussfassung vor.

Frau Gaden macht auf große Proteste auch im Rahmen einer Bürgerversammlung seit Bekanntwerden der Rekultivierungspläne für diese Fläche aufmerksam.

Als besondere Probleme sieht sie die Entwässerung des Geländes und die Nähe zur Sandhalde. Auf jeden Fall ist die Rekultivierung weiteren Gedanken über die Flächennutzung vorzuschalten. Sie kann der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Dem Antrag von Herrn Rothenpieler auf Übergang zur Tagesordnung wird mehrheitlich gefolgt.

8. BA 13.03.2000